

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18.

Dienstag, den 22. Januar 1907.

14. Jahrg.

## Heute Abend: Öffentliche Wählerversammlung in der „Flora“!

Hierzu eine Beilage.

### Die „Chausseewalze“ der Sozialdemokratie.

Bürgerliche Geistesblößen fallen jetzt täglich auf die geduldige Wählerschaft Lübecks hernieder wie die weißen Blätter im Herbst. Morsch und alt ist ihre abgebrauchte Phrase von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie, die die Wahlflugblätter der bürgerlichen Parteien immer wieder vorbringen. Niemals haben sie den Ausspruch irgend eines unsrer Führer zum Beweis der Berechtigung dieses Vorwurfs beigebracht. Sie können es auch nicht; denn es hat niemals einen Sozialdemokraten gegeben, der sein deutsches Vaterland dem Feind hätte ausliefern wollen. Würde je deutsche Sprache, deutsche Kultur und Deutschlands friedliche Entwicklung bedroht durch rpe Erobererhorden, dann würden gerade die überzeugungstreuesten Sozialdemokraten die Ersten sein im Kampf zu ihrem Schutze — nicht aber sind sie zu haben für abenteuernde Weltpolitik, Ausrottungsakt und Weiber- und Kindermord. Bildung und friedliche Handelsinteressen, deren Ausbreitung wollen sie überallhin fördern — nicht aber mit Kanonen den Weltmarkt erobern.

Das deutsche Junker- und Bürgerum steht in seiner unerfülllichen Profitgier überall Feinde und Meider. Ihre Feindschaft ist diktiert von den Interessen ihres Geldsacks. Der Engländer ist perfid, weil er der gefährlichste Konkurrent des deutschen Kapitalisten beim Absatz industrieller Erzeugnisse ist.

Der Franzose aber ist der Erbfeind, weil er durch die große Revolution die Junker zwang, ihre Bauern von der Erbuntertänigkeit zu befreien und die Anfänge bürgerlicher Gleichberechtigung und bürgerlichen Rechts zu gewähren. Und noch heute wird die Schule benutzt, den unsinnigen Haß gegen das Volk zu schüren, das uns mit seinen demokratischen Formen, seinem Kampf gegen die Geistlichkeit Vorbild sein könnte. Vor allem aber ist es der Militarismus, der künstlich den Haß der Nationen nährt; denn ohne ihn würde er seine Existenzberechtigung verlieren. Die uferlosen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, das ist den bürgerlichen Klassen der Fetisch ihres Nationalgefühls, der heilig gehalten wird, auch wenn er die tollsten Auswüchse gebiert.

Zu Ehren des herrschftlichen Militarismus wie des kapitalistischen Profits wird die Feindschaft der Völker künstlich großgezogen, jedes trennende Moment herangezerrt und scheinheilig mit der Wissenschaft von Klassenunterschieden umwoben.

Die Arbeiterschaft hebt die einigenden Momente hervor, sucht die einigenden Bande zwischen den Völkern fester zu knüpfen. In diesem Sinn nennt sie sich mit Stolz international. Grundlage des Völkerlebens ist auch ihre heute der nationale Staat, das durch Sprache, Kultur und gemeinsame Geschichte geeinte Volk. Der Staat aber ist ihr ein Haus, in dem es allen seinen Ansassen wohllich gemacht werden soll; deshalb den zugehörigen fremdsprachigen Volksteilen Freiheit der ererbten Sprache und Sitte.

Der nationale Staat ist ein historischer Begriff, wandelbar im Laufe der Zeiten in seinen Formen und Grenzen. Einst drängten die Vorfahren der heutigen Nationalverbände — der Nationalverein — die deutschsprechenden Österreicher aus Deutschland hinaus. Wer weiß, vielleicht wird das künftige nationale Ideal die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa sein!

Aber die Grenzen des Staats hinaus gehen heute schon die Interessen von Handel und Industrie. Das Kapital ist international; es gründet Schiffahrts trusts, die die Auswanderer aller Länder international ausbeuten.

Und ist die Wissenschaft nicht längst international geworden vermag sie noch national zu wirken? Der Gelehrte, der an der Erforschung neuer Wahrheiten arbeitet, ist der mächtige Herr des internationalen Menschengeschlechts. Er kennt überhaupt die geographischen Grenzen nicht mehr und ist mehr denn je auf die Zusammenarbeit der Fachgenossen in allen Ländern angewiesen: Der Arzt, der den Feinden der Menschheit zu Leibe geht, der Mathematiker, der Philosoph, der Naturforscher usw.

Allfährlich halten die Gelehrten ihre internationalen Kongresse ab — zum Segen, im Interesse der einzelnen Nation.

Andererseits ist sich die Arbeiterschaft aller Länder der gemeinsamen Interessen bewußt geworden und schließt sich zusammen zu gemeinsamer Schutz und Trutz. Die Klassen finden sich über die politischen Grenzen hinaus — zueinander. Der deutsche Industriemagnat auwet und segelt zusammen mit dem englischen Industriellen; der setzt sich mit seinem deutschen Bruder Arbeiter nicht an denselben Tisch — außer zur Wahlzeit.

So unwahr wie die Behauptung von der antinationalen Gesinnung der Sozialdemokratie ist auch die neueste Erfindung des bürgerlichen Sonntags-Wahlflugblatts, sie wolle die Herrschaft des Geistes ersehen durch die der Faust.

Deutschland wird heute mit Geist regiert? Wer lacht da nicht?

Man sieht ordentlich unsern lächelnden Reichskanzler, wie er Bismarcks abgebrauchte Wahlparolen von Kulturkampf und nationaler Ehre mit Sentenzenbrühe durcheinanderquirlt und sie dem deutschen Michel als Schlaftrunk kredenz.

„Du weißt nicht, mit wieviel Dummheit die Welt regiert wird,“ diesen Satz zu prägen, braucht es heute nicht des Verstandes eines Ogensterna; ihn würde jeder mittelmäßig begabte Kieker Student unwillkürlich ausstoßen, wenn er verurteilt wäre, die gesammelten Reden unseres leitenden Staatsmannes zu lesen.

In Preußen-Deutschland regiert heute die Faust — der Militarismus.

Es ist die „gepanzerte Faust“, die aller Welt Fehde an sagt, alle Völker provoziert, die Faust, die auf die Rücken der Eingeborenen in unseren Kolonien die Peitsche niedersausen läßt.

Es ist die Faust des Unteroffiziers, die deutsche Männer im Dienst des Vaterlandes mißhandelt, die Faust des Schutzmanns, welche die feinsten Blüten deutscher Wissenschaft und Kunst knickt. Vor ihrem Drohen fürchtet sich der gute deutsche Bürger, mag es sich nun darum handeln, hohen Potentaten Platz zu machen oder rechtzeitig den Schnee von den Straßen zu fegen.

Die Faust des Militarismus ist es, die dem deutschen Michel das Geld aus den Taschen klopft, die Faust des Junkertums hält die deutschen Grenzen gesperrt gegen die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel, die Faust der gesamten Reaktion ist es, die die deutsche Volksschule bittelt und den Kindern der Arbeiter das Streben nach Wissen ersüßelt.

Fürwahr, der Geist soll regieren! Wir Sozialdemokraten, wir wollen ihn zum Herrscher machen. Wir wollen auch für die Faust, die Pflugschar und immer führt, die freie Zeit erobern, den Geist zu bilden, um mitarbeiten zu können an der Leitung des Staates. Wir wollen das Streben nach Wissen fördern, auf daß nicht werde aus den Deutschen ein Volk von Spekulanten und Lakaien, nein! — ein Volk der Denker und Freien!

Die „Chausseewalze“ der Sozialdemokratie wird nicht Vaterland und Geist zermalmen, sondern am Wahltag zermalmen die Rote der gesamten Reaktion!

### Neuer Kolonialskandal! Neuer Justizskandal!

Weil die Sozialdemokratie „unsere braven Jungen“ in Südwestafrica schändlich im Stich gelassen hat, muß das deutsche Volk am 25. Januar lauter „treue deutsche Männer“ wählen! So heißt es in den patriotischen Flugblättern. Die braven Jungen selbst aber denken von der Sozialdemokratie ganz anders, und so kam es, daß einer von ihnen eines Tages nach Hause schrieb:

„Das eine ist sicher, wer von Südwestafrica heimkommt, der kommt als Sozialdemokrat wieder.“

Dieser Brief wurde von der Augsburger Abendzeitung, dem Organ des Reichsverbandes und der Scharfmacher abgedruckt und vom „Vorwärts“ übernommen. Das Oberkommando der Schutztruppe hat die Zustimmung dazu nicht erteilt, der die Kolonien nicht aus Verbotsmaßregeln, sondern aus eigener Anschauung kennt. Sozialdemokrat werden könnte für seine Verleumdung, und er hat Strafantrag, natürlich nicht gegen die bürgerliche Augsburgerin, sondern gegen den sozialdemokratischen Deutner. Das Straf-

verfahren gegen den „Vorwärts“ wurde prompt eingeleitet, am 11. Januar aber ebenso prompt wieder eingestellt. Der „Vorwärts“ ist nun in der Lage, ein amtliches Schreiben des Oberstaatsanwalts Jsenbiel an das Schutztruppenkommando veröffentlicht zu können, das über die südwestafricanischen Zustände, nicht bloß Südwestafrica, sondern auch der preussischen Rechtspflege, geradezu erschreckend großes Licht verbreitet. Herr Jsenbiel beginnt in diesem vom 8. November 1906 datierten Schreiben mit der Eröffnung, daß — wie traurig! — auf die Verhängung einer Freiheitsstrafe kaum zu rechnen sei, denn es habe sich um die wörtliche Wiedergabe eines Artikels der „Augsburger Abendzeitung“, einer den Ordnungsparteien zugehörigen Zeitung. Gegen die „Augsburger Abendzeitung“ werde aber kein Strafverfahren eingeleitet. (Erstens liegt Augsburg in Bayern und oben drein ist die Abendzeitung, wie Herr Jsenbiel selbst sagt, ein bürgerliches Blatt. D. R.) Diese Tatsache allein würde nach der berechtigten Annahme des Herrn Oberstaatsanwalts „schon zu scharfen Erörterungen führen.“ Hierauf fährt der Oberstaatsanwalt wörtlich fort:

„Es ist ferner mit Sicherheit zu erwarten, daß der „Vorwärts“ mit Hilfe der Parteipresse unzufriedene Elemente aus den entlassenen Afrikakriegern ermitteln und als Zeugen zur Fährung des Wahrheitsbeweises, der gar nicht abzuschneiden ist, stellen wird. Die von den Zeugen gelieferten Einzelheiten würden kaum durch den mir gütigst benannten Sachverständigen zu widerlegen sein.“

Die Beweisaufnahme wird daher bei der Allgemeinheit der beleidigenden Behauptung (die alten Mannschaften werden schlechter als die Schwarzen behandelt) vom „Vorwärts“ mit Leichtigkeit verschleppt werden können. Der „Vorwärts“ hätte somit gegen Zahlung einer geringen Geldstrafe die ihm äußerst willkommene Gelegenheit, sich als Schutzpatron der Mannschaften aufspielen zu können und in der Presse selbst die Beweisergebnisse für seine Zwecke auszuschlachten.

Unter diesen Umständen stelle ich vor Abschendung der Anklage nochmals Erwägung eherebietigt anheim.

gez. Jsenbiel.

Herr Jsenbiel liefert also die amtlichen Beweise dafür,

1. ein Beweis gegen die Behauptung, die Schutztruppler fehrten als Sozialdemokraten zurück, nicht zu erbringen sei, daß vielmehr die heimgekehrten Schutztruppler als Belastungszeugen der Kolonialverwaltung sehr gefährlich werden könnten,
2. daß die Behauptung, die preussische Justiz verfare wie es das Gesetz vorschreibt, ohne Ansehen der Person, falsch ist, daß vielmehr zwischen Blättern, die „den Ordnungsparteien“ angehören und sozialdemokratischen Organen sehr feinfühligere Unterschiede gemacht werden.

Mehr für die Propaganda sozialdemokratischer Ziele im Wahlkampf zu tun, kann man weder von den Schutztruppelern, noch vom Berliner Oberstaatsanwalt verlangen.

Die gefährliche Zuschrift aber, die der „Vorwärts“ in seiner Nr. 141 vom 21. Juni 1906 aus der „Augsburger Abendzeitung“ abgedruckt hatte, lautete im wesentlichen:

„Auch ich habe die Briefe eines dort seit Beginn des Aufstandes in Südwestafrica kämpfenden Soldaten, der mehrfach dekoriert wurde, also gewiß nicht zu den schlechtesten Elementen gehört, gelesen und daraus gefunden, daß es dort faul, sehr faul steht. Der Mann schreibt u. a., daß die Abteilung, die das fürchterliche, bekannete dreitägige Gefecht zu bestehen hatte, auf dem Marsche exerzieren! mußte und so gebrüht wurde, der Hauptmann, der dann als Erster fiel, soll die Leute fortwährend angebrüllt haben, daß alles total ermüdet war, als die ersten Schüsse überraschend fielen. Und dann noch drei Tage kämpfen.“ — In einem anderen Briefe schreibt der Mann: Geht nur keinen Pfennig zu den uns stattfindenden Sammlungen her, denn wir bekommen doch nichts. Seit Beginn des Aufstandes habe ich 2 Flaschen Mineralwasser, 3 Packen Tabak und 3 Packen Zigarren erhalten, sonst nichts. Wo bleiben die Liebesgaben? Verschimmeln sie irgendetwas oder herrschen bei uns auch russische Zustände? Ferner beklagt sich der Mann bitter über die jungen, als Nachschub hinüberkommenden Offiziere, die die alten Mannschaften schlechter als die Schwarzen behandeln und die Patrouillen trotz der Warnungen der alten, erfahrenen Soldaten direkt an die Gemehre des Feindes führen. Auch er beklagt sich darüber, daß den Leuten nicht der Kommandant gehalten werde, und daß sie länger als sie sich verpflichtet haben, zurückgehalten werden. Er schreibt: „Ich bin mit der Mannschaft, die hierher gekommen ist, als Sozialdemokrat gekommen. Von wo ich herkomme, der Mann ist ein Soldat von fabelhafter Führung und aus einer Familie, aus der keine Sozialdemokraten kommen.“

Das war der jetzt ganz afristollose Augustusgerin, wie sie selbst eingestand, von einem langjährigen Gelehrten berichtet worden. Mancher langjährige Leser von Liberalen Blättern wird sein Haupt schütteln über die Verwöhnung, die der 13. Dezember unter diesen edlen Gazetten angerichtet hat. Und er wird diesen Gefühlen am 25. Januar Ausdruck geben.

Zur Reichstagswahl.

Der genaue Reichstag.

Die offizielle Nordd. Allgem. Ztg. macht geradezu verzweifelte Anforderungen, um die Tatsache aus der Welt hinwegzudisputieren, daß der Reichstag von der Regierung über die wirkliche Lage in Südwestafrika vor und im 13. Dezember getäuscht, das Volk also genaue führt worden ist. Aber das offizielle Organ ist nachgerade darauf in die Enge getrieben, daß es zu den dümmsten Ausreden seine Zuflucht nimmt, die seine Position nur noch verschlechtern.

Die Nordd. Allgem. Ztg. hatte in ihrer letzten Entgegnung erklärt, die Regierung habe allerdings davon gewußt, daß bereits seit Ende Oktober Friedensverhandlungen mit den Hottentotten schwächen, aber dem Reichstag sei hiervon auch Kenntnis gegeben worden. Der Vorwärts richtete daraufhin an das offizielle Organ die höfliche Bitte, doch gefälligst zu verraten, wann diese Kenntnisgabe erfolgt sei. Daraufhin weiß die Nordd. Allgem. Ztg. nichts zu erwidern als das folgende:

In der Sitzung der Budgetkommission vom 8. Dezember hat der Oberstleutnant Quade ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine baldige Niederwerfung des Aufstandes zu erhoffen sei, und hinzugefügt, daß nach ihm zugegangenen Nachrichten Oberst v. Deimling an dieser Hoffnung im gegenwärtigen Moment besonders festhalte.

Das ist alles! Wo ist die geringste Andeutung von den bekanteten Friedensverhandlungen, die bereits seit sechs Wochen schwächen, deren letzter formaler Abschluß unmittelbar bevorstand. Warum hat Herr Quade nicht wenigstens jetzt der Kommission die ihm bekanteten Tatsachen mitgeteilt? Weil das Parlament getäuscht werden sollte! Eine Absicht, die auch vollkommen erreicht wurde!

Zu allem Überflus aber hielt neben Herrn Quade auch der Oberstleutnant Kuhl als Beauftragter der Regierung in der Budgetkommission am 8. Dezember eine Rede, in der von dem bevorstehenden Abschluß eines Friedens mit keiner Silbe die Rede war. Oberstleutnant Kuhl wollte im Gegenteil die Dinge noch Grau in Grau — er ließ sogar den Bandenführer Morris noch fortgesetzt Vieh rauden, um zu betonen, daß der Feind bis zur völligen Erschöpfung verfolgt werden müßte. 7000 Mann seien selbst dann noch nötig, wenn die Bahn von Kubub bis Keetmanshoop fertiggestellt sei!

Aber weiter. Der Vorwärts stellte wiederholt fest, daß Oberst Quade noch am 13. Dezember im Reichstage erklärt hat, daß die Zahl der im Felde stehenden Hottentotten gerade jetzt noch auf 5-600 Mann geschätzt werde!

Und was bringt die Nordd. Allg. Ztg. gegen diese den ganzen offiziellen Schwindel glatt wiedererschütternde Tatsache vor? Sie schreibt:

Diese Angaben beruhen selbstverständlich auf den Berichten aus dem Schutzgebiet, aber gerade diese bestätigen auch die Ausführungen des Oberstleutnants Quade, daß die Zahl der im Felde stehenden Hottentotten infolge der fortwährenden Zugänge stets als schwankend anzusehen ist. So meldet beispielsweise Oberst v. Deimling am 6. Oktober: Banden in Karasbergen und östlich durch Zugang vom Orangefluß her und Anschluß ehemaliger Worengaleute angewachsen; und am 17. Oktober: Aufstand geschürt durch Wondelzwarts in Kapkolonie infolge dauernden Verkehrs über Orangefluß.

Vielleicht nimmt der Vorwärts auch Notiz von den in den Hamburger Nachrichten unter dem 12. Januar dieses Jahres veröffentlichten Privatbriefen aus Warmbad. Ein vom 20. Januar datierter Brief sagt dort: Es sollen übrigens noch 600 Hottentotten im Felde stehen!

Das ist denn doch geradezu eine offizielle Bankrotterklärung! Unsere auf die Briefe der Schutztruppenkommandanten sich stützenden Enthüllungen besagen, daß die Hottentotten sich Ende Oktober gestellt hätten. Damit nimmt auch das neuerliche offizielle Geständnis überein. Und um die Unterschlagung dieser Tatsache dreht sich der ganze Streit. Und nun wagt die Nordd. Allg. Ztg. sich auf Meldungen des Oberst Deimling zu berufen, die vor der Stellung der Hottentotten, vor der Eröffnung der Friedensunterhandlungen eingegangen waren! Man neigt, bisher wußte die Welt wirklich noch nicht, mit wie wenig Verstand offizielle Blätter zusammengeknüpft werden!

Geradezu kläglich nimmt sich vollends die Berufung auf ein nachgezeichnetes Anekdöthen des Hamburgischen Scharnhortherorgans aus! Warum gibt man denn nicht auch eine amtliche Meldung wieder? Weil man ein Saar in der offiziellen Schwindelerei gefunden hat?!

Zum Schluß geben wir noch eine Gegenüberstellung der amtlichen Meldung vom 25. Dezember und des Schutzgruppenbriefes vom 30. Oktober, die die offiziellen Täuschungsmanöver besonders hübsch illustriert:

Brief vom 30. Oktober: Amtliche Meldung vom 25. Dezember:

Signalisten suchten Verbindung mit Harubas-Süd. Diese bligten herüber, daß der Oberkapitän der Bondelzwarts, Johann Christian, sich in Heirachabis eingefunden, um Frieden zu machen, sämtlicher Orlog sei eingestellt und wir sollten auf dem schnellsten Wege nach Tiefwood zurück. Inzwischen ist Christian nach Namas gekommen und hoffentlich wird der Orlog endlich klar. Wenn ihr diese Zeilen in die Hände bekommt, werdet alles Nähere bereits wissen.

Der Stamm der Wondelzwarts hat sich unterworfen; Johannes Christian mit seinem nächsten Anhang hat sich dem Oberstleutnant v. Gtorff in Heirachabis gestellt. Die Zahl der Männer beträgt 120, der abgegebenen Kleinkalibrigen Gewehre 105. Zerstreute Banden und Stammesangehörige, die aus britischem Gebiete zurückkehren, sind in die Unterwerfung einbezogen. Kein Wondelzwarts darf Schutzwaffen tragen.

Ein kostbares Geständnis.

In einer Zentrumsversammlung in Salmsroth (Bistum Wittlich-Berncastel) wandte sich der Redner, Direktor Langer, gegen ein von liberaler Seite

verbreitetes Flugblatt, worin behauptet war, daß das Zentrum sich gewelgert habe, auf den Kopf der Bevölkerung 15 Pf. für die Kolonien zu bewilligen. Das kränkte den edlen Zentrumsman und mit stolzer Entrüstung rief er aus:

„Das Zentrum hat weit mehr bewilligt, als diese 15 Reichspfennige, es hat so viel bewilligt, daß wir heute vier Milliarden Schulden im Deutschen Reich haben, das macht auf den Kopf der Bevölkerung 66 Mark.“

Wie die Trierische Landeszeitung berichtet, folgte die Versammlung dieser Rede mit gespanntester Aufmerksamkeit und spendete am Schlusse stürmischen Beifall. So lange es noch Leute gibt, die jubeln, wenn jemand auf ihre Kosten Milliarden schulden macht, hat das Zentrum noch gute Tage. Wir aber wollen uns das Geständnis des ultramontanen Redners merken, daß es dem Zentrum zu danken ist, wenn wir vier Milliarden Mark Schulden im Reich oder 66 Mt. auf den Kopf der Bevölkerung haben.

Neue Steuern nur „unter Vorbehalt“.

In einem rheinischen liberalen Blatte findet sich eine kostbare Polemik, die vermutlich einer liberalen Korrespondenz entnommen ist und dann ohne Zweifel in vielen Blättern verjapft wird. Sie warnt davor, sich in Steuerfachen „graulich machen zu lassen“ und sagt dann:

„Neue Steuern sind nur „unter Vorbehalt“ angekündigt worden und sollten nur an die Einführung der Wechsel mahnen, die die Regierung bei der letzten großen Finanzreform in Form von Resolutionen bekommen hatte. Wir glauben Grund zur Annahme zu haben, daß die Regierung diese Wechsel prologieren wird.“

Wir möchten die Reichstagswähler doch dringend warnen vor der Harmlosigkeit, sich am 25. Januar auf „Prologationen“ und „Vorbehalte“ zu verlassen. Eine Regierungsmehrheit wäre mit „einem tüchtigen Bündel neuer Steuern“, weit über den Betrag der „Wechsel“ hinaus, vollkommen identisch, und die würden ohne allen und jeglichen „Vorbehalt“ bezahlt werden müssen. Schon der Flottenverein und die hinter diesem Stehenden würden dafür sorgen, daß den Steuerzahlern die Augen aufgingen, wenn es zu spät ist.

Wie viel Weiße kann Südwestafrika ernähren?

Der Scherische „Tag“ vom 8. August 1905 veröffentlichte darüber das Gutachten des Barons v. Nettelblatt, der jahrelang Leiter eines Unternehmens in Südwestafrika gewesen ist und den das offizielle Blatt als einen „gründlichen Kenner“ der Kolonie anpries. Dieser gründliche Kenner sagte:

„Ich mache das Geständnis, daß nach meiner Meinung ganz Südwestafrika nicht mehr als 40-50000 Menschen zu ernähren vermögen wird und daß die 400 Mill. Mark, die Deutschland schon an die Unterdrückung des Aufstandes gewandt hat, fünfmal so viel den Wert der ganzen Kolonie betragen.“

Für kommende Wahlprotokolle!

Nach Art. 27 der Reichsverfassung steht dem Reichstag die souveräne Entscheidung über die Legitimation, d. h. die Gültigkeit der Mandate seiner Mitglieder zu.

Nach der ständigen Übung des Reichstages führt nun jede amtliche Wahlbeeinflussung zur Vernichtung des Wahlergebnisses des betreffenden Wahlbezirks oder Wahlkreises in der Weise, daß die für die Gewählten, zu dessen Gunsten die Beeinflussung erfolgt ist, abgegebenen Stimmen abgezogen werden. Ergibt sich dann keine sichere Mehrheit für den Gewählten mehr oder hat die Beeinflussung über den ganzen Wahlkreis stattgefunden, so wird die Wahl für ungültig erklärt. Der letzte Reichstag hat eine Wahl (Braun-Frankfurt a. D.) sogar schon deshalb vernichtet, weil die amtliche Beeinflussung nicht zugunsten des Gewählten, sondern eines unterlegenen Kandidaten stattgefunden hatte. Es wurde dabei geltend gemacht, daß ohne die erfolgte Beeinflussung möglicherweise ein anderer Kandidat in die engere Wahl gekommen wäre und so der schließliche Ausgang der Wahl hätte ein anderer werden können. Eine amtliche Einflußnahme auf das Wahlergebnis dürfe aber in keiner Weise zugelassen werden.

Als amtliche Wahlbeeinflussung gilt insbesondere jede Einmischung des Vorstandes einer mit Verwaltungs- oder Polizeibefugnissen ausgestatteten Behörde, sobald diese Einmischung unter Kenntlichmachung des Amtscharakters der betreffenden Person geschieht. Wenn ein Bürgermeister, Bezirksamtmann, Landrat, Regierungspräsident auch den Aufruf einer Partei unter Beisehung seiner behördlichen Eigenschaft unterschreibt, so führt dies zur Vernichtung des Wahlergebnisses, auf das sich die Beeinflussung erstreckt hat.

Nun hat der Reichskanzler unter dem 31. Dezember 1906 eine Kundgebung erlassen, in der zum Eintreten für die Parteien des Regierungsbündnisses und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Zentrums aufgefordert wurde. Der Reichskanzler hat diesen Wahlauftrag nicht etwa als Privatmann, sondern als Leiter der Regierung geschrieben und ihm durch die Unterschrift „Der Reichskanzler: Bülow“, deutlich die Form eines amtlichen Erlasses gegeben. Der Reichskanzler hat den Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, als Empfänger seines Erlasses, ausdrücklich mit dessen öffentlicher Verbreitung beauftragt, die denn auch nicht nur durch die Tagespresse, sondern weiter in Millionen von Flugblättern über das ganze Reich hin erfolgt ist.

Selbstverständlich muß das, was den Vorständen unterer Verwaltungsbehörden verboten ist, dem obersten Verwaltungsbeamten des Reiches ebenso und erst recht verboten sein. Und damit sind denn alle durch die Übung des Reichstages festgesetzten Merkmale einer amtlichen Wahlbeeinflussung gegeben.

Die Wahlauschüsse mögen deshalb überall dort, wo sich der Anlaß zu einem Wahlprotokoll ergibt und wo ein konservativer, Landbündler, Antisemit oder Liberaler in einem Wahlkreise gewählt wird, in dessen Wahlkreis eine Verbreitung des kanzlerischen Wahlerlasses stattgefunden hat und eine Beeinflussung der Wähler dadurch anzunehmen, namentlich aber einigermaßen zahlenmäßig schätzbar ist, nicht verfehlen, ihren Protest auch auf diese Tatsachen zu stützen und wegen dieser amtlichen Beeinflussung vom Reichstage die Vernichtung der betreffenden Wahl verlangen.

Wenn der kommende Reichstag durch die Klugheit der Wähler derart zusammengesetzt wird, daß er seine Pflicht tut und die absolutistischen Gelüste der Regierung gleich von Anfang an entschieden zurückweisen entschlossen ist, dann wird die erste Folge die Vernichtung der Wahlen aller Mitglieder des Blocks der Regierungsparteien sein müssen, die nur durch eine dem Gesetz wie dem politischen Anstand gleich widersprechende amtliche Beeinflussung in den Reichstag kommen werden!

Als Verteidigerin des Budgetrechts des Reichstages spielt die Zentrumsparthei sich im Wahlkampfe auf. Und mit einem gewissen Recht, weil der Reichskanzler Bülow in der Sitzung vom 13. Dezember das verfassungsmäßige Budgetrecht des Reichstages prinzipiell verleugnete, indem er erklärte (Stenographischer Bericht S. 4379): „Parteien können Forderungen annehmen oder ablehnen, denn sie tragen keine Verantwortung. Sie tragen keine Verantwortung! Die Regierung darf sich nicht vor Wünschen und Interessen einzelner Parteien beugen, wenn ihre höchste Aufgabe, die nationale, in Frage steht.“

Darin liegt in der Tat die Proklamation des absoluten Bestimmungsrechts der Regierung, dem sich der Reichstag zu beugen habe. Selbst in der Beschränkung auf nationale Fragen liegt darin eine Verneinung des Budgetrechts. Denn dieses besteht, oder es besteht nicht. Seine Beschränkung in „nationalen“ Fragen ist seine Aufhebung. Und welche Frage ließe sich bei einigem guten Willen und Geschick nicht als „nationale“ Frage aufspugen!

Das Zentrum hat nun freilich selbst bei verschiedenen Gelegenheiten am Budgetrecht des Reichstages geknüttelt, so bei den Flottengesetzen. Daß es sich trotzdem jetzt als dessen Verteidigerin aufspielen kann, zeugt von dem geringen Staatsmännlichen Geschick des Fürsten Bülow, der durch seine der Verfassung widersprechende Motivierung des Unterwerfungsverlangens dem Zentrum eine treffliche Wahlparole geliefert hat, die auch durch die traurige Silvester-Schreiberei nicht abgeschwächt, sondern nur verstärkt worden ist.

Klänglich benehmen sich demgegenüber aber die Freisinnigen. Sie haben ja immer in erster Linie beansprucht, Hüterin des Budgetrechts zu sein. Ihrer Vergangenheit nach müßten sie sich also auf die Seite der Gegner der Regierung stellen, die das Budgetrecht angegriffen hat. In ihrer grenzenlosen Verbildung aber hoffen sie im Schlepptau der Regierung Geschäfte zu machen. Und so sehen wir die jämmerliche Erscheinung vor uns, daß freisinnige Blätter sich zu Verteidigern der Regierung aufwerfen, indem sie die Verletzung des Budgetrechts verleugnen. So bemerkt z. B. die „Freisinnige Zeitung“ zu den Ansprüchen des Zentrums:

„Nun kamen aber bei den Bestimmungen über die südwestafrikanischen Forderungen prinzipielle Budgetrechte gar nicht in Frage. Es ist also ein ganz eitles Rühm, den sich die Zentrumsparthei hier vindiziert.“

Also der Reichskanzler spricht unmittelbar und direkt dem Reichstag die Mitverantwortung und den Parteien das Recht der Ablehnung ab, und das soll keine prinzipielle Frage sein!

Tiefer kann der Freisinn nicht mehr sinken.

Scher zum Zollkrieg. Während die Liberalen aller Schattierungen die wirtschaftlichen Fragen in das geheimnisvolle Dunkel rücken, indem sie von der nationalen Ehre munkeln, stellen die Agrarier ihre ökonomischen Klasseninteressen in den Vordergrund. Wohl gerade, weil die Handelsvertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten auf einem taten Punkt angekommen und deshalb vielleicht — und dieses vielleicht wiegt nicht schwer — Amerika gegenüber kleine Ermäßigungen der agrarischen Zölle zu erwarten sind, tobt die Kohorte der Junker. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Wir möchten alle uns nahestehenden Wähler dringend auffordern, die Kandidaten zu verpflichten, einem Handels-Vertrage mit Amerika unbedingt die Zustimmung zu versagen, in dem die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse niedriger angelegt werden, als in den bisher abgeschlossenen Handelsverträgen. Die Gefahr ist für die Landwirtschaft um so größer, als die etwaige Herabsetzung der Zölle infolge der Meistbegünstigungsklausel auch allen den Staaten zugute kommen würde, mit denen bereits Verträge abgeschlossen sind. Man lasse sich also durch keinerlei Rücksichten betören, sondern verpflichte die Kandidaten dazu, den Standpunkt einzunehmen, den auch bisher die Verbündeten Regierung eingenommen haben! Unter die Vertragszölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse darf keineswegs und keinesfalls herabgegangen werden!

Das wäre der Zollkrieg, bei dem Dertels Kohorte natürlich ihr Schäfchen scheren würde. Selbst im Wahlkampfe spielen diese Junker mit dem Wohl und dem Leben der Masse wie mit Kieselsteinen. Ihre Ehrlichkeit soll ihnen am 25. Januar vergolten werden.

„Ein nettes Paar“

So schlossen wir gestern unsere Ausführungen: Entlarvte Fälscher. Ein nettes Paar fürwahr, den liberalen Oberpostsekretär mit seinem, inzwischen schon rostig und fleckig gewordenen Ehrenschild und dem Leiter des Reichsverbandes und des Lübecker Wahlrechtsräubers Dr. Ludwig, im Verein mit dem toten Eugen Richter, der ihm die geistigen Kosten des Wahlkampfes bestreiten hilft.

Und als wenn der Weißewesten-Kandidat froh wäre, seine Seelenverwandtschaft mit den Wahlrechtspiraten nun nicht mehr verleugnen zu brauchen, so gebt jetzt Arm in Arm mit dem Reichsverband weiter in den Schmutz hinein. Während mehrfach sich die Parteigenossen des Kandidaten von Lügners Gnaden für die Arbeit der Sitzenblenden des Reichsverbandes bedanken, weil ihnen die Kampfweise und Kampfsmittel dieser Sorte doch zu niedrig und gemein deuchten, weil sie sich selbst zu hoch achteten, um solche Helfershelfer anzunehmen — hier in Lübeck, da lebt der Mann — der hanseatischen nationalliberalen Pfefferkörner, der Agrarier und Freisinnigen, welche letztere so frei sind, allen freien Sinn preiszugeben, der Mann, dem alle diese als nationalsoziale Handlanger dienen, die einen nur allein aus daß gegen die Sozialdemokratie, die andern außerdem noch aus „demokratischem Prinzip“, dieser Plagiator, der seine Reden aus Eugen Richterschen Broschüren zusammenflickt — wir sagen hier in Lübeck, da lebt der Mann nur von den Lügen des Reichsverbandes. Und wenn die eine Lüge freipt ist, wie ein rüddiger Hund, wenn der Verbreiter sich hinter seiner Anonymität verkrächt, weil sonst kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nehmen würde, geschweige denn ein anständiger Mensch mehr mit ihm verkehren, dann sind's am anderen Tage neue Lügen, die aufgetischt werden, die helfen sollen, daß die Wähler den Weißewesten-Mann in den Reichstag schicken. Am Sonntag und am Montag sind wieder von den bürgerlichen Parteien Flugblätter verbreitet, die bereits zum wiederlegten Male in neuer Auflage wiederholen.

Nieder mit dem Bauernstande! Nieder mit dem Handwerker! Nieder mit dem gesamten Mittelstande! Das ist die Parole der Sozialdemokratie. Wir haben gestern erst wieder in einem Falle nachgewiesen, wie Lügen entstehen.

Der Lügen kommen aber so viele, daß unsere Zeitung noch einmal so stark sein müßte und stärker, wollte man sie alle berichtigen. Zwar juckt uns aus Menschlichkeit in den Fingern, mit der Mistgabel in den dicken Dreck an der weißen Weste des Herrn Klein zu fahren, den er selbst und vor allem seine Helfershelfer Dühring und Konforten darauf geworfen haben, aber wir sind eingedenk des alten deutschen Wortes: „Wer Besch angreift, beschuldigt sich“. Mögen die Herren Freude an den dampfenden Säulchen empfinden, die ihnen so lieblich in der Nase duften.

Wir wollen also nur feststellen, daß die Sozialdemokratie nicht die Mittel- und Kleinbetriebe abschaffen will: sie konstatiert lediglich auf Grund volkswirtschaftlicher Beobachtungen, daß die heutige kapitalistische Produktionsweise die Tendenz hat, die wirtschaftliche Basis der Klein- und Mittelbetriebe immer mehr zu untergraben und die Konzentration der Großbetriebe zu fördern: eine Tendenz, gegen die, da sie in dem innersten Wesen der modernen Produktionsweise begründet ist, alle die kleinen Mittelchen der kurz-sichtigen Zunftpolitiker auf die Dauer nicht das geringste auszurichten vermöchten. Die Sozialdemokratie will also nicht die Kleinbetriebe untergraben, sie konstatiert nur, daß die heutige Wirtschaftsentwicklung darauf hinausläuft, diese Betriebe zu untergraben. Die Untergraber sitzen vielmehr in den konservativen und liberalen Parteien: es sind die großen konservativen und nationalliberalen Fabrikanten, die Herren Rud. und Heinrich Thiel und wie sie alle heißen, die Besitzer der großen industriellen und kaufmännischen Riesenbetriebe, die ihre Betriebsanlagen und ihren Geschäftskreis ständig vergrößern und durch jede Vergrößerung so und so vielen Kleinbetrieben ihre Lebenskraft entziehen. Tene Riesenbetriebe, die alljährlich Tausende von Kleinbetrieben zugrunde richten, befinden sich garnicht in den Händen der Sozialdemokratie: sie gehören den Großindustriellen und Großkapitalisten, den Gogmann u. Jürgens, Havemann u. Sohn, Fossel, Dreßalt usw. usw., die meist in den konservativen und nationalliberalen Vereinen und hier in Lübeck im Reichsverein und Vaterländischen Verein das große patriotische Wort führen und nicht selten als Vor-sitzende fungieren. Und diese Herren, welche die kleinen Geschäftskreise für ihre politischen Zwecke einfangen, wissen ganz genau, wozu die Tendenz der modernen Wirtschaftsentwicklung führt. Das bezeugt aufs neue die folgende Äußerung der Essener Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht:

„Daß die Form der Konzentration, die uns in den heutigen Sympotiten entgegentritt, keineswegs den Endpunkt in der Entwicklung der Kartellierungs-Idee bedeutet, hat die Kammer wiederholt in ihren Berichten zum Ausdruck gebracht, indem sie darauf hinweist, daß die Vermeidung der Schwierigkeiten im internationalen Konkurrenz-kampfe nicht nur einen starken Anstoß zur Verallgemeinerung der Kartellierungs-Idee geben, sondern auch dazu beitragen werde, die unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung ohnehin innewohnende Tendenz zur Konzentration, zur Zusammenlegung und Abrundung der Betriebe, zur Fortbildung dieser in der Richtung der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit zu verstärken und den Konzentrations-prozeß zu verallgemeinern. Es ist sicher, daß es überaus gefährlich sein würde, dieser im vollen Fluß befindlichen und von wirtschaftlichen Notwendigkeiten getragenen Entwicklung, statt ihr, wenn auch langsam zu folgen, durch Maßnahmen gegenteiliger Art entgegenzuwirken, denn das würde, ganz abgesehen davon, ob die Möglichkeit hierzu überhaupt vorliegt, wie immer wieder betont werden muß, nichts anderes bedeuten, als unsere Industrie im internationalen Konkurrenz-kampfe ihrer wichtigsten Waffe berauben.“

Die hier in dem Essener Handelskammerbericht hervor-gehobene wirtschaftliche Entwicklung zwingt uns die Überzeugung auf, daß der Untergang des Kleinbetriebes etwas Unvermeidliches ist, und daß es Torheit ist, den von dieser Entwicklung in ihrer Existenz Betroffenen vorzureden, Quacksalbereien könnten ihnen helfen. Wie wir darüber denken, das braucht man nicht durch Äußerungen einzelner Parteigenossen beweisen zu wollen, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit wir selbstverständlich nicht immer prüfen können, das kann man in der gewissermaßen offiziellen Erklärung unseres Programmes von Kautsky und Schönlanck nachlesen.

Dort heißt es: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privatigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Ummwandlung werden von den kapitalistischen und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verfallenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“

Und an anderer Stelle heißt es: „Seit einem halben Jahrhundert redet man von der Notwendigkeit, den Handwerkern und Bauern zu helfen. Die verschiedensten Parteien, Liberale und Konservative, sind in den verschiedensten Ländern nacheinander am Ruder gewesen. Scholten hat keine. Es ist eben unmöglich, das Handwerk und die kleine Bauernwirtschaft konkurrenzfähig gegenüber dem Großbetrieb zu machen. Die einzige Hilfe kann darin bestehen, daß man den Handwerkern und Bauern ermöglicht, zu einer höheren Betriebsform überzugehen. Die Lösung kann aber keine der herrschenden Parteien herbeiführen. Sie ist nicht möglich auf dem Boden der Warenproduktion.“

Aber deshalb, weil die Sozialdemokratie den Vernichtungsprozeß des kleinen Mittelstandes abzukürzen und die Fortentwicklung zur sozialistischen Wirtschaftsstufe zu erleichtern sucht, vernichtet sie doch noch nicht den Mittelstand? Der Vernichter ist vielmehr der moderne Kapitalismus, den die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft.

So die Sache! Und Herr Klein und alle die hinter ihm stehen: morgen sind's die gleichen stinkenden Lügen, an denen sie sich erfreuen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 22. Januar.

Zugung von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten. Die Streikleitung.

Den Gipfel der Gemeinheit scheinen die Leute, welche hinter dem Mischmach-Kandidaten stehen, allmählich erreicht zu haben. Obwohl ihnen i. a. h. gewiesen worden ist, daß nie die Sozialdemokratie schamlos verleumdet worden ist, als durch die Behauptung, Liebknecht habe die Soldaten als „zweibeinige Tiere in Uniform“ beschimpft, operiert man doch noch fortwährend mit dieser Lüge, um die Kriegerver-einler damit für sich einzufangen. Vor uns liegt ein heute morgen herausgegebenes Flugblatt, das für die Krieger und Veteranen berechnet ist, und das aus nichts als Fälschungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten besteht. Etel muß jeden anständigen Menschen erschauern, der dies traurige Machwerk liest. Wer jedes Gefühl für Wahrheit und Anstand verloren hat, der mag getrost dem Mischmach-Kandidaten seine Stimme geben, denn derselbe vertritt die Parteien der Lüge und Verleumdung. Jeder auf Reinlichkeit haltende Mann muß jedoch am 25. Januar dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Johann Carl Theodor Schwarz, wählen, denn nur dieser bietet Gewähr für die Wahrung der Interessen des Volkes!

Lügen über Lügen! „Der sozialdemokratische Abg. Voet erklärte wörtlich: „Uns als Arbeitern kann der Untergang des sogenannten Mittelstandes gleichgültig sein, im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es. Darum können wir seinen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen“, so war es im letzten Flugblatt von bürgerlicher Seite zu lesen und in der vom Reichsverbande übernommenen Zitate-sammlung war dann das gleiche, nur in breiterer Ausführung, zu lesen mit der Quellenangabe: Schuhmachersach-blatt Nr. 4. W. Wir haben das Schuhmachersachblatt von dem bezeichneten Tage aufgeschlagen und was fanden wir da?

Daß die Behauptung der bürgerlichen Parteien wieder-mal eine Lüge ist, daß Voet mit keinem Worte so etwas gesagt hat, buchstäblich mit keinem Worte, das wissen natürlich auch die Verfasser des Flugblatts, denn sie müssen ja die Zeitungszimmer vor sich gehabt haben, auf die sie sich beziehen. Sie wissen, daß diese Worte ent-halten sind in einem Artikel: „Die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften“, den der Verfasser, um hervorzu-heben, daß die Redaktion nicht mit allen Einzelheiten ein-verstanden ist, mit seinem Namen — Heinrich Waff — unterzeichnet hat. Nun ist aber die in Frage stehende Rede-wendung zu vertreten, denn der Untergang des sog. Mittelstandes kann uns in der Tat gleichgültig sein, wenn er zum Genuß in ökonomischer, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht wird. So ist es in dem Artikel zum Ausdruck gebracht und wir sagen weiter, ein Betrieb hat jede Existenzberechtigung verloren, wenn er sich nur durch die Ausbeutung der Arbeiterkraft, durch Hungerlöhne und lange Arbeitszeit vor dem Bankrott bewahren kann.

Das ist ein Standpunkt, der, so meinen wir, von jedem unterschrieben werden mußte, und vor allen Dingen von früheren Nationalsozialisten, die sich doch so viel auf ihr warmes Herz für die Arbeiter zu gute taten.

Ein rechter Demagoge scheint der Lehrer Dühring zu sein, der Schrittmacher des Mischmach-Kandidaten. Mit welchen Mitteln dieser Herr kämpft, dafür gibt die Protest-komodie, welche in der vorigen Woche in den Stadthalten aufgeführt wurde, wieder ein kleines Beispiel. Er wies dar-auf hin, daß eine Bürgerchaftskommission, welcher im Ver-ein mit mehreren Wirten, Rechtsanwälten usw. auch unser Genosse Schwarz angehört hat, den Bericht machte, für Neutanzleistungen der Gastwirtschaften eine Gebühr bis zu 10000 Mark zu erheben. „Das mögen sich besonders die Herren Kleiner merken, die einmal selbständig werden wollen!“ so meinte der edle Jugendbildner, der ganz genau weiß, daß gerade unsere Genossen sich mit Entschiedenheit gegen den Kommissionsvorschlag ge-wandt haben. Der Bericht, dem wir die Äußerung Dührings entnehmen, verzeichnet ein Bravo hinter dem von uns zitierten Satz. Das ist bezeichnend für die politische Reife jener Leute, welche die Versammlung füllten. „Chri-lich wahrst am längsten!“ hat Herr Klein bei den Wüstern gesagt. Das wollen wir hoffen, und damit ist auch das Schicksal des Mischmach-Kandidaten besiegelt!

Das Zentrum für den Mischmach-Kandidaten. Nach-dem man zuerst die Kriegervereine für die Kandidatur Klein mobil zu machen versuchte, muß jetzt die Geistlichkeit auf dem Plan erscheinen, um Wahlhilfe zu leisten. Und zwar ist es der Zentrumsgeistliche, Pastor Köster, der seine Schäflein für den Mischmachmann einzufangen will. In Wald-husen war es, wo der Herr Pastor als Agitator für seinen Glaubensgenossen Klein auftrat. Ist es nicht einfach zum Totlachen, daß Herr Klein in seiner Versammlung das Zen-trum, welches angeblich an der nationalen Ehre gekümmert hat, in Grund und Boden verdammt, während der Zentrums-geistliche für ihn Reklame machen muß. Und dabei soll man ernst bleiben!

Einen Kuhhandel sollen die vereinigten bürgerlichen Parteien mit dem heiligen Zentrumsgeistlichen abgeschlossen haben, nach welchem sie für gewisse von den Katholiken ge-äußerte Wünsche einzutreten haben, während andererseits der Herr Pastor Köster dafür die Rolle des Agitators übernimmt. Mit den Anschauungen, die Herr Klein über Politik zum Ausdruck bringt — er betrachtet die ganze Politik als einen großen Kuhhandel — würde das Verfahren der „vereinigten bürgerlichen Parteien“ übereinstimmen. Ob jedoch auch die Wählerschaft sich mit diesem Handel einverstanden erklären wird, wollen wir denn doch bezweifeln.

Das Wahlrecht zum Reichstag wird nicht von Leuten verloren, die einen Offenbarungseid leisten mußten. Das Bürgerchaftswahlrecht wird ihnen in Lübeck leider entzogen, und zwar ist dieser Beschluß von den Anhängern und Befürwortern der Kandidatur Klein herbeigeführt worden. Wir teilen das mit, um Irrtümern vorzubeugen.

Eine sehr stark besuchte öffentliche Wähler-versammlung tagte am Montag abend im „Friedrichshof“. Genosse Sch. e. l. b. e. r. referierte unter dem Beifall der Anwesenden über das Thema: Die „Liberale“ im Wahlkampf. In der Diskussion nahm Genosse F. e. b. d. e. r. n. das Wort, um die Aussagen des „Arbeiter“ Westphal in der Stadthalten-Versammlung ins rechte Licht zu rücken. Nach bei dem frühe-ren Hauswirt des W. eingezogener Grundlegung könne keine Rede davon sein, daß W. deshalb habe ausziehen müssen, weil die Arbeiter den Wirt, einen Krämer, bonfottiert hät-ten, wie W. unter Rufkrufen der Bürgerlichen ausgeführt habe. Lediglich Differenzen wegen der Mietzahlung seien die Ursache der Kündigung gewesen.

Wählerversammlung in Neu-Lauerhof. Die Wähler-versammlung, welche gestern in Neu-Lauerhof tagte, war sehr zahlreich besucht. Genosse W. i. s. s. l. e. referierte über die bevorstehende Reichstagswahl und kennzeichnete scharf die schmachvolle Kampfweise unserer Gegner. Lebhafter Bei-fall zeugte davon, daß Genosse W. i. s. s. l. e. den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion beteiligten sich zwei Genossen, die sich im Sinne des Referenten äußerten.

Arbeitsruhe am Wahltage beschlossen. Die Arbeiter der Firma Havemann u. Sohn und die Flusschiffer.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns ge-schrieben: In den beliebtesten Operetten gehört stets noch „Die Fledermaus“, das bewies auch die Umfrage ge-legentlich un-er der „Rubrik Wunscharbende“. Diese Ope-rette wurde vor allem am meisten genannt, und deshalb er-öffnet diese am Donnerstag den Reigen der gewünschten Vorstellungen. Alle diese Vorstellungen werden nicht wieder-holt, deshalb sei der Besuch dieser Aufführung angelegent-lich empfohlen.

Ahrenböck. Wir marschieren. Während noch bei der letzten Wahl die hier abgehaltenen Wähler-versammlungen äußerst schlecht besucht waren, ist jetzt eine wesentliche Besserung eingetreten. Alle bisher abgehaltenen Versammlungen waren großartig besucht. So auch die gestern Abend bei Herrn Strehse abgehaltene. Das Klubzimmer reichte nicht aus, so daß der geräumige Saal benützt werden mußte. Dieser war gedrängt voll. Genosse S. t. e. l. l. i. n. g. zerpflückte in eingehender Weise ein dieser Tage hier verbreitetes Flug-blatt und beschäftigte sich dann mit der liberalen Kampf-weise. Trotzdem Gegner anwesend waren meldete sich nie-mand zum Wort, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

## Aus Nah und Fern.

Ein Zittensbild aus dem Junterlande. Die Berliner „Volkzeitung“ berichtet: Im Dorfe Bonin, Kreis Regen-walde, fand in diesen Tagen eine Treibjagd statt. Der Gutsbesitzer beauftragte einen seiner Forstarbeiter, für Treiber zu sorgen, und der Arbeiter erledigte den Auftrag in der Weise, daß er aus der benachbarten Stadt Labes Schul-kinder im Alter von 10 bis 13 Jahren anwarb. Der versprochene Lohn von 1,50 Mk. für den Tag und freies Essen lockte die Kinder, die sich darauf unter Vorpiegelung falscher Tatsachen oder gar nicht Dispens von den Lehren erwirkten. Nach der um 4 Uhr nachmittags beendeten Treib-jagd brachte ein Gutsfuhrwerk zwei Kannen Getränke für die Treiber. Diese reichten den ermatteten Kindern ebenfalls von dem „Getränk“, und die Wirkung blieb nicht aus — sieben Schöler waren sinnlos betrunken! Einige der taumelnden Kinder krochen in eine Strohmiete, andere be-gaben sich auf den Heimweg. Die zusammengebrochenen Kinder mußten von den Tagelöhnern ins Dorf getragen wer-den, wo die betrunkenen Kinder im Pferdestall des Gutes auf Strohh niedergelegt und mit Pferdebedecken zugedeckt wur-den. Bei dem Trupp der heimwärts wandernden Schüler (Der Weg nach Labes beträgt zirka fünf Kilometer) verlagten einem Knaben die Kräfte, er blieb auf dem Wege liegen. Da er nicht daheim ankam, machte sich die geängstigte Mutter aus Labes auf, um ihren Sohn zu suchen: sie fand ihn schließlich, nachdem sie alle im tiefen Schlaf Liegenden im Pferdestall vergeblich gemustert hatte, bei einem Bauernhofsbesitzer, der mitleidig den sinn-los Betrunknen am Wege aufgefassen und sich seiner an-genommen hatte. Der Mutter des Knaben, die den Besitzer des Gutes sprechen wollte, um ihm den Sachverhalt klarzu-legen, wurde vom Inspektor des Gutes bedeutet, daß der Herr nicht zu sprechen sei. Die übrigen Knaben wurden auf einem Wagen am anderen Tage heimgeführt. — Nach dem genannten Blatte besteht eine R. e. g. i. e. r. u. n. g. s. v. e. r. f. ü. g. u. n. g., laut welcher zufolge höherer Anordnung Dispensation schulpflichtiger Kinder vom Schulbesuch zum Zwecke der Ver-wendung derselben bei Treibjagden unter keinen Um-ständen erfolgen dürfe.“ Das kimmerte aber die Teil-nehmer an der Jagd, lauter Stützen von Sitte und Ord-nung, nicht im geringsten. Die wissen, daß ihnen nichts passiert!

400 nackte Gefangene. Einen ganz eigenartigen Streit haben, wie aus Petersburg berichtet wird, 400 politische Ge-fangene im Gefängnis von Smolensk erklärt, in-dem sie seit etwa acht Tagen vollständig nackt umher-gehen und das Anziehen von Wäsche und Kleidern ver-weigern. Nachdem die politischen Gefangenen in das Ge-fängnis von Smolensk abgeliefert worden waren, das ur-sprünglich ein Korrekptionsgefängnis war, erhielten alle Ge-fangenen die von den früheren Arrestanten ge-tragene Unterwäsche, die aus dem allergrößten Leinwandstoff, der für Wäsche untauglich ist, ange-fertigt, und nicht gewaschen war. Nach dem Tragen dieser Wäsche verbreiteten sich kleine Wunden über dem ganzen Körper der Gefangenen, und diese wurden mit den mannigfaltigsten Hautkrankheiten, sogar mit Lepra infiziert. Da rief die Geduld der Gefangenen, und eines schönen Tages flogen alle Bett- und Leibwäsche sowie die Kleider aus den Zellen vor die Tür, und die Gefangenen erklärten, sie wären alle bereit, lieber an Erstickung zu sterben, als durch Haus-trankheiten und Schmutz zugrunde zu gehen. Die örtliche Gefängnisverwaltung war auf dem besten Wege, die Ge-fangenschaft dieser Forderung anzuerkennen, fragte aber sicherheits-halber in Petersburg an. Von dort lief die Antwort ein den Gefangenen nicht nachzugeben und sie nackt herumlaufen zu lassen.

### Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: Werkstatt Hübner . . . . . 9,50 Mk. Das Wahlkomitee.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul L. e. b. i. g. t.; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. S. w. a. r. z. Druck: F. r. i. e. d. r. M. e. y. e. r. u. G. O. Sämtlich in Lübeck.

**Nur noch zwei Tage** trennen uns vom Wahltage. Die Zeit verfliehet schnell. Die Entscheidung rückt näher. Jeder nutze die letzten zwei Tage nach Kräften aus. Weckt die Schlafenden; belehrt die Unwissenden; befehrt die in Irrtümern Befangenen! Keine Minute verstreiche nutzlos. Es handelt sich nicht nur um Gewinnung der Mandate, es muß auch überall eine so gewaltige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen erzielt werden, daß die Regierung merkt, wie die Arbeiter über die Politik der Auswucherung und Entrechtung denken.

Am 21. Januar 8 1/2 Uhr morgens entschlief sanft unser innigst geliebter Vater und Großvater **Job. Friedr. Wilh. Dahl** im 78. Lebensjahre. Aufs tiefste betrauert von **Franz Dahl und Frau, geb. Bohhoff, Ely Dahl - Harry Dahl.** Beerdigung Donnerstag morgen 10 Uhr von der St. Lorenz-Kirche aus.

Am Montag, den 21. ds. Mts., abends 8 Uhr entschlief sanft und ruhig unser lieber Sohn **Gustav** im zarten Alter von 5 Monaten und 6 Tagen, tiefbetrauert von seinen Eltern, Bruder und Großeltern. **H. Bollow und Frau, geb. Schröder.**

**Gesangverein „Eintracht“**

Am Sonntag, den 20. Jan. a., starb unser Mitglied, der Barbier **Adolf Richter.** Ehre seinem Andenken. **Der Vorstand.**

Zu sofort oder 1. April eine Wohnung an einzelne Leute, Preis 100 Mt. **Stahlhorststraße 1.**

Mittwoch und Sonnabend: **Dänisch Schweinefleisch** **Brand 50 Pfg.** **Markthalle Stand 34.**

**Dänisch! Ein Phonograph** m. dänisch. u. deutsch. Wals. zu verl. Off. S.B.G.

**Misch-Kaffee** gutschmeckend und kräftig **Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.**

**H. Bülck** Kaffee- und Teehandlung **Fernstr. 149, Breitestr. 54.**

**Koksbriefe** von westfälischem Saartofe besonders für kleinere Heizungen geeignet empfiehlt **ab Lager Drehbrücke Mt. 1.00 per Heftolit. frei ins Haus 1.10**

**Christian Gäde** Brennstoffmaterialien-Handlung **Kontor: Fischergrube 4. Fernsprecher 254.**

**I. Bierquelle à la Aschinger**  
Holstenstrasse 14.  
Zum Ausschank gelangt:

Lücksches Lagerbier	3/10	10 Pfg.	1/2 Ltr.	15 Pfg.
Adlerbräu	3/10	10	1/4	15
Hansa-Tafelbier	3/10	10	1/2	15
Münchener Spatenbräu	2/10	10	1/10	20
Freiherrlich Tuchersche Brauerei Nürnberg	2/10	10	1/10	20
Brauerei Mönchshof Kulmbach	2/10	10	1/10	20
Herrenhäuser Pilsener	2/10	10	1/10	20

Täglich wechselnde **reichhaltige Speisekarte.**

Mittwoch nachmittag von 3-5 Uhr:  
**Größeren Posten Ochsenmarktwachen, sowie Abfall-Fleisch** das Pfund 10 Pfennig.  
Verkauf nur in der Fabrik. Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme.  
**Beim Reithof 14.**  
Thüringer Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik.  
**August Scheere.**

**WER EINMAL KUNEROL GENOSSEN WAHLT KUNEROL**  
IMMER WIEDER FÜR DIE KÜCHE.  
Kunerol garantiert feinstes naturrechtes Pflanzenfett aus Cocosnüssen  
— Kunerolwerke der Oelfabrik Grossgerau-Bremen in Bremen. —

**Wichtig für alle Reichstagswähler!**

Soeben erschienen:  
**Womit man vor Sozialdemokraten granlich macht.** Preis 10 Pfg.  
**Witze für die Reichstagswahlen.** Preis 10 Pfg.  
**Das verbotene Blatt.** Preis 5 Pfg.  
Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** und deren Kolporteurs.

**Atelier** für Zahntechnik und Zahnpflege. **H. Schreiber, Breitestr. 24**

**Hilfsarbeiten**  
Kuffchen erregen meine billigen Preise. Früher Mk. 120.—, jetzt **M. 85.—**  
Florett-Fahrräder **allen voran! Da Material, 2 Jahre Gar.!**  
Freilaufnabe Torpedo M. 15 mehr;  
Mäntel von Nr. 4 an. Schläuche 2.80,  
Acetylen-Laternen M. 2.50  
Hochf. Trittmäsch. jetzt 45 Mt.  
Wringmaschinen 10 Mt.  
Walzen, einzeln 5.50.  
**H. A. Hill, Fahrrad-Verkaufhaus, Johannisstraße 9.**  
Ausbos-Fahrräder M. 75, 1 Jahr Gar.  
Außerdem führe Brennabor-, Panther- u. Isis-Weil-Räder.

**Sozialdemokr. Verein.**

Parteigenossen und Radfahrer, die sich am Wahltag den Wahlkomitee zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, am Freitag morgen 8 Uhr im „Vereinshaus“ sich einzufinden zu wollen.  
Das sozialdemokr. Wahlkomitee.

**Deutscher Metallarbeiterverband** (Verwaltungsstelle Albed.)

Die Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 23. ds. Mts., findet nicht statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Verein der Musikfreunde.** Mittwoch, den 23. Januar 1907: abends 8 Uhr

**im Kolosseum.**  
**15. Volkstüml. Konzert**  
(Orchester: 52 Musiker).  
Leitung: Konzertmeister Carl Schwabe.  
Solist: Herr Singelmann (Oboe).  
Zur Aufführung kommen u. a.:  
Ouverture zum „Fliegenden Holländer“ R. Wagner.  
Fantasie aus der Oper „Aida“ G. Verdi.  
II. Satz a. d. H-moll-Sinfonie Fr. Schubert.  
Wonntraum, Intermezzo Meyer-Hellmund.  
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

**Panorama** Breitestraße 53, 1. Stg.  
Von 20.- 26. Januar:  
**Nordlandreise**  
von Stavanger, Hammerfest zum Nordcap.

**Hansa-Theater**  
Täglich große Künstler-Vorstellung.  
Vorverkauf bei Sager u. Kappel.

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag, 24. Januar, 8 Uhr.  
**Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Freitag: Keine Vorstellung.

**Oeffentl. Wähler-Versammlungen**

finden an folgenden Stellen statt:

- Wulfsdorf:** Am Dienstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr.
- Flora:** Am Dienstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
- Moisling:** Am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr.
- Crummesserbaum:** Am Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr.
- Schlutup:** Am Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr.
- Travemünde:** Am Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr.
- Vereinshaus:** Am Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr.

Zu diesen Versammlungen werden alle dort wohnenden Wähler freundlichst eingeladen.

**Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann!**  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

**Das Wahlbureau**  
der  
**Sozialdemokratischen Partei Lübecks**  
befindet sich im  
**Detelushaus, Johannisstraße 50-52.**  
Geöffnet:  
Wochentags von morgens 9 bis abends 9 Uhr.  
Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr.

## Zum 25. Januar.

Erhebt Euch! auf zum Siegel!  
Genossen! ins Gewehr!  
Die Freiheit unterlege  
Dem Mischmasch nimmermehr!  
Zum Kampf! daß er verliere  
Im heißen Wahlgewehr!  
Zum Kampf! es triumphiere  
Das Volks- und Brüderrecht!

Das rote Banner wehe  
Mit Siegesmacht voran.  
In diesem Kampfe stehen  
Ein jeder seinen Mann.  
Woh! wenn sie uns entrißen,  
Was immer unser war!  
Was wir erringen müssen,  
Wir halten immerdar!

Es starben unsere Brüder  
Im fernen Afrika.  
Wir rufen: Kehret wieder!  
Der Mischmasch schreit: „Bleibt da!“  
Die Ehr', die nationale,  
Es ist das höchste Gut,  
Und fällt die Opferschale —  
Mit unserm roten Blut!

Nach der Regierung? Immer  
Sinn sie auf unsern Fall,  
Es ist ihr Hoffnungsstimmer:  
Uns stützen überall.  
Doch mag Fürst Bülow rasen,  
Wir machen uns nichts draus!  
Die Freiheitsflammen blasen  
Die Herren doch nicht aus!

Genossen! Liebe Brüder!  
Nur steht fest treu vereint  
Und werft die Feinde nieder,  
Daß Euch die Sonne scheint!  
Euch ist jetzt Macht gegeben,  
Ihr habt es in der Hand,  
Zu bessern Euer Leben,  
Zu kräftigen Eueren Stand!

Erhebt Euch! Auf zum Siegel!  
Genossen! ins Gewehr!  
Die Freiheit unterlege  
Dem Mischmasch nimmermehr!

## Dem Zukunftsstaat.

Daß die Sozialdemokratie ihre wahren Ziele verschleierte, ist eine Behauptung, mit welcher unsere Gegner im Jahre 1903 sehr schlechte Geschäfte gemacht haben. Trotz dem wiederholen sie reichlich im gegenwärtigen Wahlkampf. Die armen Leute haben eben so herzlich wenig „Argumente“ gegen uns, daß sie selbst auf die ältesten Ladenhüter nicht verzichten können. Und natürlich sind sie menschenfreundlicher genug, ihrerseits unsere angebliche Unterlassung zu korrigieren und denen, die es hören wollen, gar grauliche Dinge über den Zukunfts-Zuchthausstaat der Sozialdemokraten aufzutischen.

Das Getöse unserer Gegner rückt in die rechte Beleuchtung erst dann, wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokratie mit ihrem ganzen Programm in der Wahlkampf steht und dieses Programm, worin jeder unsere Ziele nachlesen kann, alljährlich — nicht bloß zur Wahlzeit — in Millionen von Exemplaren verbreitet; indes die Gegner mit ihrem Programm sehr zurückhaltend sind, so zurückhaltend, daß wohl kaum ein deutscher Arbeiter schon mal ein liberales oder konservatives oder Zentrum-Programm vor Augen gehabt hat. Zum Wahlkampf aber haben sie von der Regierung eine „Wahlparole“ erbettelt!

Was ist eine „Wahlparole“? Nun, weiter nichts als das unablässige Betonen einer einzigen, gerade aktuellen Frage, die man dem Wähler so lange um die Ohren schlägt, bis er ganz und gar vergessen hat, daß der Reichstag auf 5 lange Jahre gewählt wird und daß diese eine Frage, die man jetzt künstlich aufbaut, höchstwahrscheinlich schon in ein paar Wochen hinter sehr viel anderen und sehr viel wichtigeren Fragen, die der Reichstag alsdann wird zu entscheiden haben, zurückgetreten sein wird. Eine Wahlparole ist also eine bewußte Ferkführung der Wähler, eine bewußte Verhüllung dessen, worauf es ankommt. Wer also verschleierte seine wahren Ziele?

Unter solchen Umständen muß jede Gelegenheit ausgenutzt werden, die es gestattet, den Wähler recht nachdrücklich an die viel größeren Probleme zu erinnern, die unserer Zeit noch neben der den bürgerlichen Wahlmachern gerade gefälligen Wahlparole harte Nüsse zu knacken geben. Eine solche Gelegenheit, die zugleich den sozialdemokratischen „Zukunftsstaat“ ein wenig verständlich zu machen geeignet ist, bietet eine Studie über das Haus Rothschild in Frankreich in der Zeitschrift „Echo“. Man erfährt daraus u. a.:

Das Vermögen des französischen Hauses Rothschild beziffert sich heute auf zehn Milliarden. Was diese Summe heißen will, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß der Nationalreichtum ganz Frankreichs auf 200 Milliarden geschätzt wird, so daß also das Haus

ein Zwanzigstel davon in seinen Händen hat; jährlich fließt ein Zwanzigstel der Gewinne aus Handel und Industrie in seine Taschen. Und zu diesem enormen Reichtum ist das von Jakob Rothschild nach Paris mitgebrachte Vermögen von 800.000 Mk. in weniger denn 90 Jahren angewachsen. Der Artikel des „Echo“ schließt mit folgender Perspektive:

„Und was wird die Zukunft der Dynastie des roten Schildes bringen? Unzweifelhaft wird das Glück weiter wachsen. Mein Vater hinterließ mir eine Milliarde“, sagte der alte Baron Alfons einige Tage vor seinem Tode, „und ich hinterlasse meinem Sohne zehn Milliarden.“ Und diese Vermehrung des Reichtums war die Frucht von wenig über 36 Jahren. In der Annahme des gleichen Wachstums in der Zukunft kann man wohl zu der Vorstellung gelangen, daß die Zeit kommen mag, wo das eine Geschlecht das ganze französische Nationalvermögen absorbiert (an sich gebracht) haben wird. Die Nationalökonomien sehen raitlos der Tatsache zu, wie die kleinen Vermögen von den großen aufgesaugt werden, gleichwie ein Magnet das Eisen anzieht, das in seine Nähe kommt. . .“

Man sieht, hier ist auch von einem „Zukunftsstaat“ die Rede, aber nicht vom sozialistischen, sondern vom kapitalistischen. Sobald der bürgerliche Nationalökonom sich einmal entschließt, den Tatsachen ins Auge zu schauen, kann er sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Anhäufung ungeheurer Vermögensmassen in einer Hand unter den bedenklichen sozialpolitischen Erscheinungen der Gegenwart die bedenklichste ist. So drückt sich wörtlich die „Königliche Volkszeitung“, das führende Zentrumblatt aus, der wir diese Mitteilungen entnehmen. Und zugleich liegt klar auf der Hand, daß diese Anhäufung ständig weiter fortschreitet und zu dem grauer häßlichsten Massenelend führen muß, wenn nicht endlich irgend etwas dagegen geschieht. Dabei ist Rothschild noch keineswegs der Reichste. Das genannte Zentrumblatt weiß von dem amerikanischen Milliardär Rockefeller zu berichten, daß sein Jahreseinkommen 1906 mehr als 240 Millionen Mark betragen habe.

Das bedeutet nicht weniger als eine tägliche Einnahme von etwa 660.000 Mark; in jeder Stunde am Tage wie in der Nacht reißt Rockefeller 37.500 Mk. in die Tasche, und jede der 525.600 Minuten, die ein Jahr ausmachen, bringt ihm einen Gewinn von 460 Mk. . .“

Was soll daraus werden? Wenn man bedenkt, daß die Einmischung so ungeheurer Reichtümer durch einzelne Personen nur möglich ist, indem auf der anderen Seite die Millionen des arbeitenden Volkes immer mehr und mehr vom Notwendigsten entblößt werden, so wird man zugestehen, daß sich hier den entsetzten Augen ein Problem aufst, vor dessen eherner Bedeutung die Wahlparole von der „nationalen Ehre“ in ein lächerliches Nichts zusammenschumpft. Und zwar ein Problem, das schon in naher Zukunft zu furchtbaren Katastrophen führen muß. Entweder 20 Rothschilds neben 40 Millionen Hungernden — so etwa würde sich die Lage in Frankreich darstellen — oder ein gewaltsamer Ausbruch der Verzweiflung, der alles im Chaos verwickelt, das ist der „Zukunftsstaat“, der uns aus der kapitalistischen Saat erblicken wird, und zwar in absehbarer, nicht mehr fernher Zeit.

Raitlos steht die bürgerliche Welt, wenn eine kurze Ernüchterung ihr dieses Medulenhaupt zeigt. Was kann z. B. die „König. Volkszeitg.“ vorbringen? Nichts, absolut nichts! „Man zerbricht sich den Kopf, wie da Wandel zu schaffen sei“, schreibt sie. Und am Schluß: „die Zeit kann nicht mehr fern sein, wo man mit den dadurch aufgeworfenen Problemen sich zu beschäftigen haben wird.“

Diese Beschäftigung würde reichlich spät kommen. Die Proletarier haben die verwüstenden Wirkungen des Kapitalis-

# Wählt Johann Carl Theodor Schwartz!

## Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(2. Fortsetzung.)

Ihr Nachbar antwortete ihr nur durch ein langsames, kaum bewußtes Kopfnicken, und als sie ihr Auge zu ihm hob, sah sie, daß sein Blick fest und fast stier auf der Stelle haftete, an der die schöne Reiterin hielt. Ihre eigene Aufmerksamkeit wurde aber in dem Moment von ihm abgelenkt.

„Monsieur Bertrand! Monsieur Bertrand!“ ging der flüsternde Ruf durch die Reihen der Zuschauer, und als Melanie den Kopf dorthin wandte, sah sie, wie an Georginens Seite, in phantastischer, aber höchst geschmackvoll gewählter Tracht, der Reiter auf milchweißem arabischen Hengst hielt. Doch auch Graf Geyerstein bog sich jetzt zu ihr nieder und erwiderte auf die frühere Bemerkung seiner Nachbarin vollkommen ruhig:

„Sie dürfen bei solchen Damen keine sittliche Schlichterheit erwarten, Komtesse. Schon das Reiten an sich bedingt eine gewisse Zuversicht, die der Reiter oder die Reiterin haben muß, um das Tier in der Gewalt zu halten. Wie viel mehr also hier, wo der Reiter für die Öffentlichkeit bestimmt ist und die Frau nur zu leicht jede zarte Weiblichkeit abschüttelt!“

„Sie mögen Recht haben,“ sagte Melanie nach kurzem Zögern. „Aber gerade das Außergewöhnliche hat ja auch uns hierher geführt. Wir wollen die Pferde und Menschen bewundern — uns wenigstens an ihnen ergötzen. Was kümmert uns das übrige!“ Der junge Offizier sah die schöne Gräfin etwas erstaunt über diese Bemerkung an; Melanies Aufmerksamkeit schien aber wieder vollständig auf das Paar gerichtet, das jetzt mit außerordentlicher Geschicklichkeit und wirklich vieler Grazie ein Pas de deux mit den Pferden tanzte. Gleich darauf, und inmitten desselben, sprengten die beiden Kinder wieder herein. Der Knabe jetzt genau so gelehrt wie Monsieur Bertrand, — indem sie das Pas de deux in ein Pas de quatre veränderten. Die Pferde führten dasselbe auch vorzüglich durch, und der Beifall galt diesmal besonders der Geschicklichkeit und Ausdauer des Mannes, der die Dressur der edlen Tiere zu solcher Voll-

kommenheit gebracht. Nach dem Tanze hielten die beiden Paare wieder ihren Umritt um die Arena, in einer Art Triumphzug den wohlverdienten Applaus einzuernten, den ihnen diesmal selbst die Damen nicht versagten. Nur Melanie saß still und regungslos, ihren Blick fest auf die schöne Reiterin heftend, deren Auge sie bewachte. Es war ihr rätselhaft nicht entgangen, daß die Kunstreiterin, wo das nur irgend geschah, ihren Nachbar, den Grafen Geyerstein, scharf fixierte. Der nach allen Seiten hin grüßende Blick haftete in der Sekunde, in der sie an ihnen vorüberflog, jedesmal fest und forschend auf der edlen Gestalt des Rittmeisters, und als sie die Arena verlassen und durch dröhnenden Beifall zurückgerufen wurde, schien derselbe Blick nur ihm allein zu danken.

Die Szene wechselte jetzt, und der Bajazzo übernahm die Unterhaltung des Publikums aufs neue durch halbsprechende Kunststücke und Gliederverrenkungen. Aber das Publikum wollte sich amüsieren; die überfüllten Bewohner der Residenz verlangten einer neuen Reiz für ihre abgepannten Nerven — und diese atemlose Angst um ein Stück wertlosen Menschenlebens gewährte ihn. Ein Mulatte beschloß die erste Abteilung durch groteske Sprünge und gymnastische Übungen, die er mit seinem Pferde ausführte. Wie eine Schlang wand und schnellte er sich im vollen Rennen seines Tieres darüber hin. All die verschiedensten und schwierigsten Pieren führte er aber mit solcher Leichtigkeit aus, und war dabei in jeder seiner noch so gewagten Bewegungen so sicher, daß sich das Publikum unmöglich für ihn interessieren konnte. Es sah eben keine Gefahr dabei, und die Szene vorher hatte es verwöhnt.

Eine kurze Pause folgte jetzt, in der selbst die eben so unermüdlichen wie erbarmungslosen Musiker ihre gequälten Instrumente für eine Viertelstunde ruhen ließen. Das Trommelfell der ihnen zunächst sitzenden Zuschauer vibrierte aber eine ganze Weile fort, als ob sich die aufgewühlten Schallwellen des hohen Raumes noch nicht beruhigt hätten. Die Trompeter gossen dabei ihre Instrumente aus und ließen ihre Viertelstücke füllen, wechselten die Notenblätter, um eine andere Nummer aufzulösen, und nahmen dann ihre Säge wieder ein, beim ersten gegebenen Zeichen mit schmetterndem Tusch und lustiger Fanfare bereit zu sein.

Ein Teil des Publikums, besonders alle solche, die den Ausgang leicht erreichen konnten, ohne die hinter ihnen stehenden Damen zu sehr zu inkommodieren, strömte hinaus

an das Buffet und fand dort nicht allein Erfrischungen in Masse, sondern auch — Bouquets, Kränze und Zuckerbrot, für die der vorzüglich spekulierende Restaurateur Sorge getragen. Die Blumen für die Damen, das Zuckerwerk für die Kinder! Die jungen Kavaliere kauften in Masse, und das Buffet machte ausgezeichnete Geschäfte. Unter den zurückgebliebenen Zuschauern entspann sich indessen eine lebhaft Unterhaltung über das Gesehene, und besonders schien Monsieur Bertrand auf die Damen einen für ihn nur schmeichelhaften Eindruck hervorgebracht zu haben. Die jüngeren Damen besonders — vielleicht weniger zurückhaltend als die älteren — schwärmten für ihn, und Komtesse Rosalie erklärte, daß sie die Zeit kaum erwarten könne, in der er wieder erscheinen würde.

„Und was halten Sie von Monsieur Bertrand, Herr Rittmeister? wandte sich da Melanie an ihren aufsteigenden schweigenden Nachbar. „Als so vorzüglicher Reiter werden auch Sie ihm Ihren Beifall kaum versagen können.“

„Allerdings nicht, Komtesse“, erwiderte der junge Mann, „es ist eine edle, männliche Gestalt, und — er reitet un-tadelhaft.“

„Wie ernst er aber aussieht, und was für dunkle, seelenvolle Augen er hat! Ich kann mir kaum denken, daß er wirklich zum Kunstreiter und noch schlimmer — zum Selbsttänzer erzogen ist, denn mit seiner Erscheinung würde er jeden Platz in der menschlichen Gesellschaft ehrenvoll ausfüllen.“

„Ich glaube auch,“ sagte der Rittmeister lachend, fast wie mit sich selber redend. „Wer weiß, welche unglücklichen Verhältnisse ihn gerade in diese Bahn getrieben!“

„Und doch fühlt er sich vielleicht vollkommen glücklich darin“, warf Melanie ein. „Wir dürfen andere nicht immer nach uns selber beurteilen. Eine andere Erziehung gibt dem Menschen doch auch sicher andere Ansichten über das Leben, und jeder hält die seinigen gewiß immer für die richtigen.“

„Sein Ernst widerspricht dem,“ entgegnete Graf Geyerstein. „Eher glaub' ich, daß sich die Dame glücklich in ihrem Berufe oder — ihrer Kunst fühlt — wenn wir es so nennen wollen.“

„Es ist seine Frau?“ sagte Melanie, leicht hingeworfen.

„Ich glaube wohl — ich weiß es nicht,“ erwiderte der Graf. „Sie trägt dem Bettel nach, wenigstens seinen Namen.“

mus schon längst am eigenen Leibe verspürt, und deshalb hat die proletarische Wissenschaft sich schon seit Jahrzehnten mit dem „dadurch aufgeworfenen Problem“ beschäftigt. So hat z. B. ein gewisser Karl Marx schon in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts dieses Ende kommen sehen, das jetzt auch die bürgerliche Welt mit Schaudern entdeckt. Und was ist nun der sozialdemokratische „Zukunftstaat“ anderes als die rechtzeitige wissenschaftliche Erkenntnis dieser Entwicklung und ihrer Ursachen? Daß es gilt, diesem kapitalistischen Zukunftstaat vorzubeugen, weil er jede Spur von Freiheit und Kultur vernichten muß, das erkennt nun auch die „Köln. Zig.“ und das „Echo“. Aber mit welchen Mitteln? „Das wissen wir nicht“, stammeln sie in tödlicher Natiofligkeit.

Nun, wir Sozialdemokraten wissen es. Das Privateigentum an Grund und Boden, an Maschinen und Werkzeugen und Produktionsmitteln aller Art, das gibt den einzelnen Kapitalisten die Möglichkeit, aus der Arbeit anderer solche Kleinvermögen anzuhäufen und den Segen der Arbeit in Fluch und Entsetzen zu wandeln. Deshalb muß es aufgehoben werden. Wie nur die gemeinsame Arbeit aller Menschen die Reichtümer schaffen kann, so soll auch die Frucht der Arbeit allen Menschen gemeinsam zur Verfügung stehen. Kommunismus, so lautet unsere Parole, und das ist unser Zukunftstaat.

Möge am Wahltag ein jeder daran denken, daß nur der Sieg des sozialdemokratischen Gedankens die Menschheit vor der grauenhaftesten geistigen wie leiblichen Verelendung retten kann!

## Soziales und Parteileben.

**Schreibt Wahlbriefe!** Alle Kollegen und Genossen, die indifferenten Väter, Brüder oder Bekannte in Stadt oder Dorf haben, möchten wir darauf aufmerksam machen, diese Angehörigen durch Briefe an ihre Pflicht zu mahnen, daß sie am 25. Januar den Sozialdemokraten wählen. Jeder erkundige sich, zu welchem Wahlkreis das Städtchen oder Dorf, worin die Betroffenen wohnen, gehört. Man glaubt es kaum, was ein solcher Brief für Früchte bringt. Was einem Flugblattverkäufer dort nicht gelingt, gelingt aber durch solch einen Brief. Wir haben die Pflicht, alle ehrlichen Mittel anzuwenden, denn unsere Gegner sind nicht wählerisch in ihren Mitteln.

**So 'ne Zeitung gibt's ja gar nicht!** Bei der Postagentur in Jungfer in Westpreußen bestellt ein Parteigenosse die „Königsberger Volkszeitung“. Als unser Genosse die Zeitung nach einigen Tagen immer noch nicht erhalten hatte, ging er aufs Postamt. Dort gab man ihm das bereits einbezahlte Abonnementgeld für die „Volkszeitung“ mit dem Bemerkens zurück, daß die gewünschte Zeitung nicht zu haben sei! Der Postagent sagte einfach, die „Volkszeitung“ wäre in Jungfer nicht bekannt. Nun wandte sich der Genosse an das sozialdemokratische Wahlbureau in Elbing, welches sofort dafür Sorge trug, daß dem Postagenten in Jungfer die nötige Belehrung zu teil wurde.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

**Dienstag, den 22. Januar.**  
Durch ein Versehen ist leider die Notiz, die besagt, daß über den Bauunternehmer Kieger am Hohenhofwerk die Sperre verhängt ist, in der gestrigen Nummer unseres Blattes enthalten. Wir bemerken hierdurch ausdrücklich, daß die Sperre bereits vor einigen Tagen aufgehoben wurde, nachdem die Differenzen behoben sind.

Gegen die Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer ist nach dem Amtsblatt der Milchmischkandidat. Am Schlusse eines diesbezüglichen Artikels heißt es: „Wie damals während der französischen Revolution, so ist auch für unsere Sozialdemokratie die Einkommen-, die Vermögens- und die Erbschaftsteuer bloß ein Mittel zum Raub. Das sozialdemokratische Ziel ist die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum.“ Durch diese Verstaatlichung werden aber Kapitalisten an anderen Werten geschaffen, denn die Besitzer von Grund und

Boden, Gruben usw. müssen doch entschädigt werden. Die Sozialdemokratie will aber kein Privateigentum, es soll in ihrem Zukunftsstaat ökonomische Gleichheit herrschen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß den Besitzenden ihr Besitz genommen werden. Und da gibt es nur zwei Wege: die widerrechtliche Gewalt, oder die progressive Steuer bis 100%. Wer keine Konfiskation des oft sauer Erworbenen will, der wähle daher am 25. Januar den bürgerlichen Kandidaten.“ — Obwohl diese ganzen Ausführungen konfus sind, so zieht sich doch durch dieselben wie ein roter Faden die Gegnerschaft gegen Vermögens- und Erbschaftsteuer. Da aber die riesigen Ausgaben des Reiches, welche durch die Kolonial-, Heeres- und Marinepolitik entstehen, gedeckt werden müssen, so bleibt nichts anderes übrig als die Belastung der Massen durch indirekte Steuern. Wer hierfür nicht zu haben ist, muß am 25. Januar Theodor Schwarz wählen.

**Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** veranstaltet seinen nächsten großen öffentlichen Vortrag in den „Centralhallen“, Dantewegstr. 10. Herr Reinhold Gerling, ein gern gehörter Redner, spricht über das zeitgemäße Thema: „Die Zeitkrankheit Neurasthenie“. Sicher wird der Vortrag einen großen Besuch aufweisen. Mitglieder haben freien Zutritt, Nichtmitglieder zahlen 60 Pfg.; Mitgliederkarten müssen vorgezeigt werden. Gleichfalls sei an das Stiftungsfest erinnert, es findet am 5. Februar im „Colosseum“ statt. Die Festfolge ist eine reichhaltige. Unter andern wirkt der Zitherklub „Erythron“ mit. Die Mähen des Vergnügungsauschlusses werden sicher durch einen zahlreichen Besuch belohnt werden. Karten sind bei den Vereinsboten, bei Herrn Gellman, Breitenstraße und Herrn Erber, Hützstraße 111, zu haben. In der Masse erhöhte Preise.

**Travertine.** Wählerversammlung. Wir erhalten folgenden Bericht: In einer hier im „Colosseum“ am 19. Januar abends 7 Uhr einberufenen Wählerversammlung referierte unser Reichstagskandidat Theod. Schwarz über die bevorstehende Reichstagswahl. Redner wies eingangs seines Vortrages die, dem Handbuch des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entlehnten Zitate in den Flugblättern seines Gegenkandidaten zurück mit dem Bemerkens, daß er, Redner, sich weigern würde, auch nur einen Tag länger seine Kandidatur aufrecht zu halten, wenn seine Parteigenossen mit derlei schmutzigen Waffen die Gegner bekämpfen würden. Es charakterisierte den Tiefstand der bürgerlichen Wahlmacher, wenn sie nichts aus eigenem Wissen, sondern alles das, was sie in ihren Reden und in ihren Flugblättern zu sagen wissen, bei dem Reichsverband erheischen müßten. Nachdem Redner dann noch die schiefen, den wahren Tatsachen widersprechenden Einwände des Herrn Landrichter Meyer in das rechte Licht gerückt, und die über ihn — den Redner — in den Fabriken und Arbeitsplätzen verbreiteten schamlosen, dummen Neugierungen mit dem Bemerkens zurückwies, daß ihn die Arbeiter seit vierzig Jahren kennen und solche plumphen, zu Gunsten seines Gegenkandidaten verbreiteten Verdächtigungen mit mitleidigem Lächeln zurückweisen würden. Diese schmutzige Waffe sei so scharf, daß er Herrn Klein nur raten möchte, sie so schnell wie möglich in die Kumpelkammer zum alten Eisen zu werfen. Darauf verbreitete sich der Redner in längeren Ausführungen über die steuerpolitischen Geheimnisse des dem nach Hause gelangten Reichstag noch kurz vor seinem Auseinandergehen zugegangenen Reichshaushalts für das Jahr 1907. Um das Defizit von 322 Millionen zu decken, solle wiederum eine Reichsanleihe von 265 Millionen aufgenommen und dadurch die Zinslast von 100 Millionen für unsere bisher schon nahezu an fünf Milliarden heranreichende Reichsschuld bedeutend gesteigert werden. Auch die den Bundesstaaten mehr aufgebürdeten 24 Millionen Matricularbeiträge würden in diesen eine Erhöhung der Einkommen- und anderen kommunalen Steuern nach sich ziehen. Die dann noch als Rest verbleibenden 88 Millionen sollten abermals, wie im vorigen Jahre, durch neue Reichssteuern, Zölle und Abgaben auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der großen unbemittelten Bevölkerungsmasse aufgebracht werden. Für Militär und Marine würden insgesamt eine Milliarde 193 Millionen und 446 000 Mark angefordert, das sei der Moloch, der am Marke des Volkes zehre. Auch für unsere Kolonialpolitik seien im neuen Etat wiederum 66 Millionen eingesetzt worden; wohin soll das führen? Dreiviertel Milliarden habe diese für das Reich so verhängnisvoll gewordene Politik dem Steuerzahler schon

in 20 Jahren gekostet und immer neue Millionen würden in diesen Schuld geworfen. Den Vorteil hätten nur die Bäckerduden, Spekulanten, Lieferanten, Händler und sonstige am Marke des Volkes saugende Parasiten. Auf die süßwäfrikanischen Verhältnisse eingehend, wies Redner alle von seinen Gegnern vorgebrachten Platteien und Unbeheiten auf Grund eines ausreichenden amtlichen Materials zurück und entwarf das ganze Bild des Hottentottentums in ausführlicher Weise. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte Redner die Versammlung auf, am 25. Januar die jetzt erledigte Kassenfrage auszuschalten und nur in Rücksicht darauf, was uns die Kolonial- und Weltpolitik noch alles bringen werde, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Gegner meldeten sich nicht.

## Aus Nah und Fern.

**Arbeiterrisiko.** Auf dem Neubau des Bahnhofsamtens in Leipzig stürzte ein Innengerüst ein. Mehrere Arbeiter stürzten in die Tiefe. Ein Mann ist tot, mehrere Leute sind schwer verletzt.

**Ein Erstklaffiger.** Vor dem Kriegsgericht der Landwehrinspektion Berlin saßen der Oberleutnant Müller und der Leutnant von Kapp wegen Zweikampfes auf der Anklagebank. Eines Tages hatte Müller in Erfahrung gebracht, daß von Kapp zu seiner Frau in unlauteeren Beziehungen stand. Er übergab die Sache dem Grenrat, doch dieser hielt eine Herausforderung zum Zweikampf in Anbetracht der Sachlage für unvermeidlich. Am 10. November fand das Duell statt. Es nahm bei einem dreimaligen Stuhlwechsel auf 10 Meter Distanz einen unblutigen Verlauf. Von Kapp gab in der Sitzung auf eine entsprechende Frage des Verhandlungsführers an, wenn er sich wegen all' der Frauen, mit denen er verkehre, duellieren müßte, so könne er weiter nicht mehr tun, als sich mit Anderen schließen. Er wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, während gegen Oberleutnant M. auf drei Monate und gegen den Kartellträger Oberleutnant St. auf einen Tag Festungshaft erkannt wurde. — Dabei gehen die sogenannten nationalen Parteien jetzt zur Wahl wieder mit der alten Lüge hafteren, die Sozialdemokraten wollen die „Heiligkeit der Ehe“ zerstören.

**Ein Niezewahlkreis.** Eine riesenhafte Bevölkerungszunahme zeigt der Wahlkreis Teltow-Weesow-Charlottenburg, der seit 1893 durch den Kossow-Beil vertreten wird. Bei der letzten Wahl waren 183 076 Wahlberechtigte vorhanden und diese Zahl erhöhte sich in 3 1/2 Jahren auf bald 250 000. Würde der Wahlkreiseinteilung eine Bevölkerungszahl von 100 000, wie sie die Reichsversammlung vorseht, zugrunde gelegt werden, so müßte dieser Kreis nicht einen, sondern elf Abgeordnete in den Reichstag senden. Die Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Verhältnisses wird am deutlichsten, wenn man die Wählerzahl anderer Reichstagswahlkreise betrachtet. 1903 waren beispielsweise im Kreis Waldeck nur 12 321 und in Schaumburg-Lippe gar nur 9556 Personen wahlberechtigt. Der Willkürliche Deppie siegte im letzteren Kreise mit 4552 Stimmen.

**Die Katastrophe von Kingston.** Fischlinge, die aus Jamaika eintrafen, erzählen, daß 25 Häuserviertel vollständig zerstört seien. Im Umkreise von 10 Meilen sei jedes Haus beschädigt. Durch eine einfallende Tabakfabrik wurden 120 Arbeiter getötet. Es machen sich in der Erde Risse bemerkbar, aus denen heißer schwarzer Schlamm quillt. An Bord des Dampfers „Arno“ wurden 64 Beine und 15 Arme amputiert. Die Erdstöße dauern fort. Die Zahl der Toten wird nach der „New-Yorker Times“ auf 1500 angegeben, nach der „World“ sind bereits 1200 Tote beerdigt worden.

**Aus dem herrlichen Kriegsheer.** Wegen Rekrutenmangel handlungen wurden vom Danziger Kriegsgericht die Husaren Bartel, Frischgemut, Brange und Böhm vom 1. Leibhusarenregiment zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Sie hatten die jüngeren Kameraden mit Kanarienvögeln, Klopfeisen usw. derart bearbeitet, daß z. B. der Husar Schütz besinnungslos liegen blieb.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

„Vielleicht seine Schwester.“  
„Der Zettel sagt Madame Bertrand.“  
„Die Kleine kann aber kaum ihre Tochter sein; die Frau sieht dafür zu jungdich aus.“ Wo sind Sie früher schon mit ihnen zusammengetroffen?“  
„Ich?“ fragte der Rittmeister; „so viel ich mich besinnen kann, habe ich die Gesellschaft heute zum erstenmal gesehen.“  
„Sagten Sie mir nicht heute Morgen, daß es eine alte Bekanntschaft sei?“ fragte die Komtesse, und ihr Blick hafete dabei forschend auf den Zügen ihres Nachbarn.  
„Ich wüßte nicht, Komtesse,“ erwiderte der Graf. „So viel ich mich entsinne, sprach ich von einer Ähnlichkeit, und das begegnet uns ja oft im Leben, daß uns die Züge eines sonst vollkommen fremden Menschen irgend eine Erinnerung aus früheren Zeiten weckt; so wenig er selber auch mit ihnen im Zusammenhang steht. Ist Ihnen das noch nie vorgekommen?“  
„Nur?“ — ja — o ja. Ich habe mich dann geirrt. Ich glaube, Sie sprechen von einer alten Bekanntschaft. Aber die Vorstellung beginnt wieder. Neue schrecklichen Menschen da oben in den alten, uniformierten Jacken nehmen ihre Mutter-Instrumente wieder zur Hand. Wir wirbelt der Kopf schon ordentlich von dem fürchterlichen Lärm. Ob man uns damit einen Gemüß bereiten will?“  
„Lächeln Sie sich darüber nicht, Komtesse,“ lächelte der Rittmeister. „Was jene Leute Musik nennen, ist meist nur ein für die Pferde bestimmter, tafelmäßiger Lärm, den sie vollführen. Schwiegen sie still, so würden auch die Tiere ihre Kunststücke nicht ausführen, zu denen sie den geräuschvollen Lärm notwendig brauchen. Daß die Zuschauer gewöhnlich glauben, die Musik würde ihretwegen gemacht, ist ihre eigene Schuld.“  
„Dann werde ich mich künftig nicht mehr darüber beklagen,“ lächelte Melanie. „Aber da beginnen sie wirklich ihre Wiedermusik schon von neuem, und jener gräßliche Glibberverreiter scheint seine Künste ebenfalls wieder produzieren zu wollen. Sehen Sie nur, Herr Graf, was dieser Bajazzo für ein fataler Mensch ist. Ein frecheres, widerlicheres Gesicht ist mir im ganzen Leben noch nicht vorgekommen. — Ob der Mann auch Familie hat?“  
„Und warum nicht?“ erwiderte der Rittmeister. „In seinen Kreisen glänzt er vielleicht sogar.“  
„Und glauben Sie wirklich, daß sich ein Mädchen in solch ein — Geschöpf verliehen kann?“  
„Komtesse,“ sagte achselzuckend der Rittmeister, „in jenen Kreisen kommt es oft auf Liebeshwürdigkeit oder ehrenvolles Brot nicht an. Sobald der Mann nur eben sein Brot hat — sobald er in stande ist, eine Frau vor Mangel zu schützen — dann mehr verlangen solche Leute selten — sobald hat er

Anspruch darauf, als gute Partie betrachtet zu werden — betrachtet er sich doch selber dafür. In welcher Achtung er bei seinen Nachbarn oder gar den höheren Schichten der Gesellschaft steht, was liegt ihm daran! So lange das Publikum, dem er seine Späße vormacht, darüber lacht, so lange ihn sein Brotherrn dafür bezahlt, so lange er ein Mann ist, der seinen Platz in der menschlichen Gesellschaft — gleichviel, wie — ausfüllt; so lange hat er eben sein Brot. Hört das einmal auf, bricht er einen Arm oder ein Bein, oder wird er sonst zum Krüppel, vielleicht gar krank — dann ist er eben verloren. Dann macht er Kollekten, oder schickt die Frau betteln — aber das alles liegt für ihn noch in der Zukunft — liegt weiter als der nächste Tag, und was sollte er sich jetzt schon deshalb Sorge machen?“  
„Ein fürchterliches Leben!“ sagte die Komtesse, zusammenzuckend, und doch klingt es, als ob es wahr sein könnte. Wo haben Sie nur einen so tiefen Blick in diesen Abgrund des Glens getan, Graf?“  
„Unter Gott,“ sagte der Rittmeister, „ein Soldat verkehrt mit allerlei Ständen, und ohne daß wir es wollen oder suchen, wendet uns oft das Leben auch seine dunkeln Seiten zu.“  
Wüstes Geschrei und Jauchzen unterbrach ihr Gespräch, denn Bajazzo hatte die zweite Abteilung auf einem Gel er öffnet, mit dem er in die Arena sprengte. Auf dem Rücken des Tieres suchte er Monsieur Bertrand nachzunehmen, und die Galerie war glücklich darüber. Ihm folgten die beiden Kinder wieder, denen man die ersten angekauften Zuckerbütten zur Belohnung zuwarf, und als Bajazzo ein paar davon entwendete und von dem Stallmeister dabei ertwischt und verhindert wurde, kannte der Jubel des Publikums keine Grenzen mehr.  
Dem Kinderritt folgte ein imposanteres Schauspiel: ein Turnier, in einer Art von Pantomime, in der sich zwei Ritter um den Besitz der schönen Georgine stritten. Monsieur Bertrand war einer von diesen, und in voller Rüstung, mit geschlossenen Visier und eingelegerter Lanze, warf er in wirklich prachtvollem Rennen seinen Gegner in den Sand. Dann, mit abgeworfenem Helm, hielt er an der Seite der erbeuteten Schönen seinen Siegesritt um die Arena, und die Bouquets flagen jetzt von allen Seiten dem lieblichen Ritterfräulein zu. Eins der Bouquets hatte die schöne und kecke Reiterin selber vom Boden aufgehoben, und es hoch in der Hand haltend, schwang sie sich damit unter dem Beifalljauchzen der Menge wieder auf ihr Pferd, während dieses, bei dem Schmettern der Trompeten, in wilder Flucht die Arena umschraubte. Der Ritter konnte sich kaum an ihrer Seite halten, und immer wilder, immer toller hieb er auf das schäumende Tier ein, es zu noch härteren, rasenderem Laufe anzutreiben. Wieder

kam es Melanie da vor, als ob ihr Blick, so oft die tolle Jagd an ihnen vorüberbrause, den Nachbar suche und finde. Größend neigte sie sich gegen ihn, und jetzt — als sie ihren Felter mitten in vollster Flucht herumriß, die Arena, dem Ausgange zu, quer zu durchfliegen, — warf sie die linke Hand, in der sie die Blumen hielt, empor, und der Strauß — ob absichtlich oder zufällig nach dieser Richtung getrieben — fiel im nächsten Augenblicke zu den Füßen des jungen Grafen nieder. Fast in demselben Moment war auch die Schöne, über die Bahn hinweg, verschwunden, und Melanie sah zu dem Rittmeister empor, dessen Antlitz Totenblässe deckte.  
„Wollen Sie den Strauß nicht aufheben?“ sagte sie mit vor innerer Bewegung fast erstarrter Stimme.  
Der Rittmeister bückte sich, aber er tat es in einem Traume, und die Blumen aufgreifend, hielt er sie fast bewußtlos seiner Nachbarin entgegen.  
„Sie befehlen, Komtesse?“  
„Ich danke Ihnen, Herr Graf!“ erwiderte jedoch die junge Dame mit so auffallender Kälte im Ton, daß Graf Geyerstein erraut sie ansah. „Die Blumen sind ohne Zweifel dorthin gelangt, wohin sie bestimmt waren, und ich möchte Sie derselben nicht berauben — würde ich überhaupt etwas annehmen, was einer — Kunstreiterin zu geworfen ist.“  
„Komtesse?“  
„Sie haben jetzt Gelegenheit, Ihr Bouquet wieder zu verdienen,“ sagte das schöne und, wie es schien, beleidigte Mädchen. In der Tat erschien Georgine in diesem Augenblicke wieder auf den donnernden Hervorwurf der Menge, während ihr aufs neue von allen Seiten Blumen entgegenflogen. Graf Geyerstein war aber durch die Worte Melanies so überrascht worden, daß er das Bouquet ungeschlüssig in der Hand behielt, bis die schöne Reiterin die Arena verlassen hatte.  
Wieder sprang jetzt der Bajazzo mit seinen gliederverrekernden Künsten in die Arena, nachdem die Bahn vorher von den hineingeworfenen Blumen gestäubert worden, und zwei andere junge Damen, Mademoiselle Amelie und Leontine, waren ebenfalls noch in dem Programme angeführt. Komtesse Melanie hatte durch den Lärm der Trompeten Kopfschmerzen bekommen, und obgleich sich die jüngere Schwester Rosalie dem nur ungerne fügte, bat doch die Mutter den Grafen, ihren Wagen vorfahren zu lassen. Mehr Minuten später verließ die Familie des Kriegsministers v. Rathen, vom Grafen Geyerstein natürlich begleitet, den Zirkus, um nach Hause zurückzukehren.

(Fortsetzung folgt.)